



Grüne Ärztinnen
und Ärzte

Erste Klasse für alle.
Für die Zukunft der medizinischen Versorgung in Wien.
Gemeinsam schaffen wir das.

Vorwort

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

am 25. März 2016 traten die Rolling Stones in Havanna auf. Am 25. März 2015 setzten schiitische Rebellen im Jemen ein Kopfgeld auf Präsident Mansur Hadi aus, worauf dieser unverzüglich das Land verließ. Am 25. März 2014 wurde der Ebola-Virus erstmals in Liberia festgestellt. Am 25. März 2013 stimmten die EU-Finanzminister_innen dem adaptierten Rettungsplan für Zypern zu.

Woran wir uns erinnern werden, wenn wir künftig an den 25. März 2017 denken, haben Sie, geschätzte Kollegin, geschätzter Kollege, in der Hand. An diesem Tag wählen Sie Ihre Ständesvertretung.

Entweder verwandelt sich die Ärztekammer Wien wieder in einen Selbstbedienungsladen für Klüngel von Funktionärinnen und Funktionären, der in der politischen Arena bestenfalls eine Komparsenrolle spielt.

Oder Sie schenken uns, den Grünen Ärztinnen und Ärzten, Ihr Vertrauen. Wir wollen die Wiener Ärztekammer zu einer transparenten, demokratisch organisierten Interessenvertretung machen, die als Akteurin in politischen Verhandlungsprozessen ernst genommen wird. Dazu ist es nötig, den Reformweg weiterzugehen, den wir in den letzten fünf Jahren eingeschlagen haben.

Für die perspektivenreiche Zukunft des Ärztinnen- und Arztberufs.
Für kompetente Reformen in der medizinischen Versorgung.
Für erstklassige ärztliche Betreuung.

Am 25. März 2017 entscheiden Sie sich für oder gegen diesen Weg.

Die Grünen Ärztinnen und Ärzte können Sie nicht kaufen. Nur wählen. Dieses Wahlprogramm, sehr geehrte Kollegin, sehr geehrter Kollege, ist unser Angebot an Sie.



Michael Lazansky

Franz Mayrhofer



Überfällig: Reformen in der Ärztekammer

Seien wir ehrlich. Die Ärztekammer genießt keinen guten Ruf. Sie gilt als Selbstbedienungsladen und Spielwiese einiger weniger mächtiger Funktionäre, als quasi-feudales Biotop, in dem Pfründe eifersüchtig verteidigt werden. Vielen Kolleginnen und Kollegen ist das intransparente Gebaren des Wohlfahrtsfonds zu Recht ein Dorn im Auge.

In der politischen Auseinandersetzung hingegen spielt die Ärztekammer kaum eine Rolle. Unsere Funktionärinnen und Funktionäre werden als Bremsklötze wahrgenommen, die ausschließlich an ihre eigenen Interessen denken und bei jeglichen Reformvorhaben mit Streik drohen. Das politische Gewicht der Ärztekammer ist minimal.

Daran sind wir selbst schuld. Jahrzehntelang präsentierte sich die Kammer als eine Versammlung von „Göttern in Weiß“, die am Verhandlungstisch vor allem durch Ständedünkel, Selbstherrlichkeit und Selbstgerechtigkeit auffiel. Bis es den politischen Entscheidungsträger_innen reichte.

Wir wollen die Wiener Ärztekammer wieder zu einer ernstzunehmenden politischen Akteurin machen. Dazu ist es zuallererst notwendig, die Strukturen zu durchlüften und zu demokratisieren.

Ja zur Transparenz in der Ärztekammer

In den letzten Jahren sind uns einige Reformschritte gelungen (Tätigkeitsberichte der Referate, Transparenz im Finanzreferat, öffentliche Beschlussprotokolle nach Vorstandssitzungen, Durchführung von Informationsveranstaltungen und Mitgliederbefragungen, Ausarbeitung von Statuten für doktorinwien), auf denen wir aufbauen können.

Denn wir stehen für Demokratie und Offenheit. Daher wollen wir in den kommenden fünf Jahren folgende Schritte setzen:

- Auflösung der Kurienreferate
- Reduktion der Referate, Aufwertung des Referats für Ausbildung
- Einführung einer Obergrenze für Referats- und Funktionär_innenkosten
- Reduktion der Kammerumlagen

Ja zu einer grundlegenden Reform des Wohlfahrtsfonds

Der Wohlfahrtsfonds – ein Quell ewigen Haders und in der Wahrnehmung vieler Kolleg_innen eine beinahe mythologische Einrichtung wie der Minotaurus, die es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Wir sagen: Substanzielle Reform tut dringend not. Einiges haben wir bereits eingeleitet (Beitragssenkungen für die meisten Mitglieder, Staffelung der Beitragssätze), aber es gibt noch viel zu tun.

Denn der Wohlfahrtsfonds ist ein sozialpolitisches Mittel und kein Spielzeug für Funktionäre. Daher wollen wir in den kommenden fünf Jahren folgende Schritte setzen:

- Steigerung der Transparenz
- Vereinfachung des Verfahrens
- Diskussion von Opt-in- und Opt-out-Varianten
- Reduktion der Overhead-Kosten

Ja zu einer aktiven Ärztekammer

Als demokratisch legitimierte Standesvertretung aller Ärztinnen und Ärzte hat die Ärztekammer das Recht und die Pflicht, in allen Belangen, die ihre Mitglieder betreffen, Mitwirkung und Mitgestaltung einzufordern. Aktiv, lautstark, kämpferisch und mit allen in einer Demokratie zur Verfügung stehenden Mitteln hat sie die Interessen und Positionen der Ärzt_innenschaft zu artikulieren, insbesondere gegenüber den Arbeitgebern im intramuralen Bereich, wo sich die gewerkschaftlichen Organisationen als unzuverlässige Partnerinnen diskreditiert haben. Die Ärztekammer bietet Expert_innenwissen, inhaltliche Unterstützung und ist bereit zur Kooperation mit den Vertreter_innen anderer Gesundheits- und Sozialberufe. Sie stößt damit in die Lücke, die die Gewerkschaft hinterlassen hat. Denn die kompetente Reform der Gesundheitsversorgung schaffen wir nur gemeinsam.

Ja zu einer Ärztekammer, die sich als Servicezentrum versteht

Viele, insbesondere jüngere Kolleginnen und Kollegen wollen mit der Ärztekammer am liebsten nichts zu tun haben. Für viele steht das Palais in der Weihburggasse für den Ständedünkel vergangener Jahrhunderte, mit dem sie sich nicht mehr identifizieren können. Und zugegeben: Die Kammer ist kompliziert strukturiert. Es gibt ein Präsidium, einen Vorstand, es gibt Referate und Fachgruppen sowie Kurien, die sich wiederum in Sektionen gliedern und zum Teil über eigene Referate verfügen, und es gibt eine Ständeführung, vom Kammeramt ganz zu schweigen. Dann sind die Kammern streng föderal organisiert: Es gibt also neun Landesärztekammern und eine Bundesärztekammer, in denen all diese Strukturen dupliziert werden. Niemand kann sich in diesem Dschungel auf Anhieb zurechtfinden.

Dabei könnte die Kammer enorm viel leisten und der gesamten Kolleg_innenschaft mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die Grünen Ärztinnen und Ärzte werden sich dafür einsetzen, die Wiener Ärztekammer zu einem Servicezentrum auszubauen, zu einer Anlaufstelle für Fragen aller Art, zu einem niederschweligen Informationszentrum insbesondere für jüngere Kolleg_innen.

Denn die Kammer wird nur überleben, wenn sie sich verändert.

Die große Herausforderung: die Zukunft der Gesundheitsversorgung

Machen wir uns nichts vor: Die Lage ist kritisch. Wir stehen kurz vor einer Zwei-, vielleicht sogar Drei-Klassen-Gesellschaft im medizinischen Bereich. Wer mehr Geld hat, kommt schneller dran, erhält die neuesten OP-Methoden, die besseren Geräte, die besseren Medikamente, bessere Betreuung und wird schneller wieder gesund.

Die Gesundheitspolitik verabschiedet sich gerade von der Vision der medizinischen Versorgung als allgemeiner gesellschaftlicher Aufgabe. Es geht nur mehr um die Ökonomisierung: Spitäler haben wenn schon keinen Profit abzuwerfen, so doch zumindest ihre

Ausgaben möglichst klein zu halten. Das hat negative Auswirkungen auf die Patient_innen, aber auch auf die berufliche Situation der Beschäftigten im Gesundheitsbereich.

Das neue Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz (KA-AZG) wurde dilettantisch implementiert und ist Ausdruck einer neoliberalen gesundheitspolitischen Grundauffassung, die sich ausschließlich an ökonomischem Druck und Einsparungsmaßnahmen orientiert. Die prognostizierte Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist für die meisten Kolleginnen und Kollegen bereits eingetreten.

Es wird in den nächsten Jahren unsere Aufgabe sein, im Rahmen des KA-AZG familienfreundliche Arbeitsbedingungen für das medizinische Personal sowie ganz allgemein eine humanere Arbeitswelt in den Krankenhäusern zu schaffen.

Aber auch im niedergelassenen Bereich benötigen wir Konzepte, die flexiblere Arbeitszeiten und die bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben ermöglichen.

Mit den jetzigen Kammerstrukturen und mit Spitzenfunktionären, die sich geradezu damit brüsten, keinerlei Gesprächsbasis zum politischen Gegenüber mehr zu pflegen, wird die politische Arbeit aber schwierig, um nicht zu sagen unmöglich. Hier hilft nur die politische Stärkung der Grünen Ärztinnen und Ärzte.

Nein zum Kahlschlag und zum Spardiktat im Spitalssektor

Wir lehnen das Spitalskonzept 2030 in seiner derzeitigen Form ab. Wir befürchten, dass hier systematisierte Versorgungsengpässe hergestellt werden. Das Pferd wird von hinten aufgezäumt. Bevor nicht Strukturen geschaffen sind, die die Spitäler und insbesondere die Ambulanzen entlasten, darf die Spitalsinfrastruktur nicht verringert werden. Denn angesichts der nach wie vor überfüllten Ambulanzen besteht die ganz konkrete Gefahr, dass jene, die es sich leisten können, zu privaten Ärztinnen und Ärzten abwandern.

Außerdem benötigen wir neue Organisationsformen und neue Strukturen für Brückeneinrichtungen, um die Auslagerung bisher stationärer Bereiche in den ambulanten Bereich möglichst sanft für alle Beteiligten zu gestalten. Das solidarische Gesundheitssystem muss unter allen Umständen erhalten bleiben. Wir wenden uns mit aller Vehemenz dagegen, dass vermeintlicher Spardruck, der Umbau der Wiener Städtischen Krankenhäuser und das Defizit des Krankenanstaltenverbundes zu Stellenabbau, Stundenkürzungen und Arbeitsverdichtung führen, deren Konsequenzen letztlich die Kolleg_innen, das Pflegepersonal und die Patient_innen auszubaden haben.

Ja zur Einbeziehung der Betroffenen in den Reformprozess

Der KAV neigt dazu, über die Köpfe der Kolleg_innen hinweg Rahmenentscheidungen mit dem groben Kamm zu treffen, ohne die Spezifika der Situationen in den einzelnen Abteilungen ausreichend zu würdigen. Es ist schlicht absurd, angesichts deutlich gestiegener Arbeitsbelastung und überfüllter Notfallambulanzen von „strukturellen Überkapazitäten“ zu sprechen. Veränderung muss behutsam erfolgen. Um Vertrauen zu schaffen, muss der KAV die Expertise und die Bedürfnisse des ärztlichen Personals ernst nehmen, anstatt permanent die abstrakten Kennzahlen externer, fachfremder Berater_innen zu referieren. In den letzten Jahren haben wir erlebt, wie Kurzsichtigkeit und Fahrlässigkeit Einzug in die Entscheidungsprozesse gehalten haben, was nun dramatische Konsequenzen

zen haben könnte. Das Gesundheitssystem darf nicht weiter erodieren. Wir wiederholen uns hier zwar, aber: Die kompetente Reform der Gesundheitsversorgung in Wien schaffen wir nur gemeinsam. Gesundheitspolitik ist für uns die beste Sozialpolitik.

Ja zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Scheidungsrate unter Ärztinnen und Ärzten sind um fast 40 % höher als jene der Gesamtbevölkerung. Viele Kolleg_innen entkommt nicht einmal mehr ein müdes Lächeln, wenn sie von Work-Life-Balance lesen. Es muss eines der Kernziele jeglicher Strukturreform im Spitalsbereich sein, familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Ärztinnen und Ärzte herzustellen.

Kurzfristig nötig sind

- ein höherer Personalschlüssel
- geregelte Arbeitszeiten
- die Einführung von Jahresarbeitszeitmodellen
- die Ermöglichung vorübergehender Arbeitszeitreduktion
- ein fairer Ausgleich von Überstunden.

Denn nur so können wir die Motivation der nächsten und übernächsten Generation von Mediziner_innen erhalten.

Ja zur optimalen Ausbildung

Die postpromotionelle Ausbildung direkt am Patienten oder der Patientin ist gewissermaßen der Appendix des Gesundheitssystems. Bei der leisesten Beschwerde wird sie weggeschnitten. Das Bekenntnis zur Qualitätssicherung in der Ausbildung ist oft nicht einmal das Papier wert, auf dem es verfasst wurde. Worauf im klinisch-praktischen Jahr großer Wert gelegt wird, spielt post promotionem keine Rolle mehr. Die Ausbildung fällt der Arbeitsverdichtung zum Opfer.

Doch ohne Ausbildung und Übung am Patienten/an der Patientin sinkt die Qualität der ärztlichen Arbeit. Die Träger der Wiener Krankenhäuser müssen dieses simple Faktum endlich zur Kenntnis nehmen.

Denn auch für Ärztinnen und Ärzte gilt: Übung macht den Meister (und die Meisterin)!

Kurz- und mittelfristig nötig ist es,

- erweiterte finanzielle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um auszubilden und ausgebildet zu werden
- ein fixes Zeitbudget für die Betreuung von Turnusärzt_innen in den Dienstplänen vorzusehen
- den Fokus der Turnusärzt_innen-Tätigkeitsprofile auf die eigenverantwortliche Patient_innenbetreuung zu legen und die Abteilungsabläufe entsprechend abzustimmen
- das Recht auf Abschluss der Ausbildung innerhalb der vorgesehenen Zeit festzuschreiben
- nach Absolvierung der Basisausbildung eine Orientierungsphase einzuführen, die bessere Entscheidungen hinsichtlich der fachärztlichen Ausbildung ermöglicht
- die disparaten Fortbildungsangebote für Turnusärzt_innen zu einem konsistenten, ausbildungsbegleitenden Curriculum zu entwickeln, das nicht nur medizinische,

sondern auch juristische, psychologische, ethische und kommunikative Kenntnisse vermittelt.

Sollten die zum Erreichen der in den Rasterzeugnissen definierten Ausbildungsziele durch die an der Abteilung angebotenen Inhalte nicht erreicht werden, haben die Krankenanstaltenträger externe Kooperationen zu organisieren, wobei die anfallenden Kosten übernommen werden.

Tradition trifft Zukunft: der niedergelassene Bereich

Die extramurale Versorgung von Patient_innen in Wien wird zum überwiegenden Teil von selbständig tätigen Ärztinnen und Ärzten durchgeführt. Das ist gut so. Allerdings legt diese Form der Organisation ein hohes Maß an Verantwortung für die Versorgungsqualität und -zugänglichkeit in die Hände der Ärzt_innenschaft. Wollen wir als Ärztinnen und Ärzte dieses System weiterhin maßgeblich mitgestalten, müssen wir uns dem gesellschaftlichen Wandel stellen – einem Wandel, der in dramatischer Geschwindigkeit stattfindet, unübersehbar ist und auch von den Verantwortlichen in der Ärztekammer mutige Reformschritte erfordert. Und diese Reformschritte gehen weit über die bisher in der Kammer vornehmlich betriebene Besitzstandswahrung hinaus.

Da genügt es nicht, jahrzehntelang bloß „Stärkung und Ausbau des niedergelassenen Sektors“ zu fordern. Da genügt es nicht, einfach nur mehr Mittel zu fordern. Da genügt es nicht, sich in der Wagenburg Weihburggasse zu verschanzen und die Feindbilder Politik, Hauptverband, Medien, Stadträtin, Bürokratie oder Patientenanwältin zu beschwören. Da braucht es die Entwicklung von konkreten Reformvorhaben und -projekten, die der Kolleg_innenschaft neue Perspektiven eröffnen – Perspektiven, die es ermöglichen, ein Berufs- und Arbeitsleben zu gestalten, das mit unterschiedlichsten individuellen Lebensplanungen vereinbar ist. Der Umstand etwa, dass ein Großteil der Allgemeinmedizin von Ärztinnen getragen wird, muss in in solchen Modellen seinen Niederschlag finden. Wien hat in den letzten zehn Jahren rund 200.000 Einwohner_innen dazugewonnen, aber die Besuchsfrequenzen bei den Hausärzt_innen sind gesunken. Wer es sich leisten kann, geht zum Wahlarzt und zur Wahlärztin, sozial schwächere Patient_innen suchen nicht zuletzt wegen unerträglich langer Wartezeiten auf Facharzttermine die überfüllten Ambulanzen der Krankenhäuser auf. Die Zweiklassenmedizin ist Realität. Dass die durchschnittliche Lebenserwartung in Rudolfsheim-Fünfhaus um sieben Jahre geringer ist als in Währing, ist ein katastrophaler Befund für das Versagen der Gesundheitspolitik, den wir Ärzt_innen nicht hinnehmen dürfen. Wir stehen aber auch in der Verantwortung, unseren Beitrag zu leisten, um diesen Zustand zu ändern!

Die Zukunft der Allgemeinmedizin

Wir können den Weg in die Zukunft nur miteinander gehen. Parallel zu den derzeitigen Strukturen müssen wir die Entwicklung von Zusammenarbeitsformen auf allen Ebenen fördern. Von Netzwerken über Gruppenpraxen bis hin zu PHC-Modellen: wir wollen die Rahmenbedingungen massiv verbessern und Anreize für Allgemeinmediziner_innen schaffen. Nur solche neuartigen Strukturen erlauben es, Teamarbeit mit Kolleg_innen auch aus anderen Gesundheitsberufen zu leben und individuelle Arbeitszeitmodelle zu realisieren.

Die Grünen Ärztinnen und Ärzte haben zahlreiche Modelle für die Zukunft der Allgemeinmedizin entwickelt und erproben eines davon – in Zusammenarbeit mit Ärztekammer, Wiener Gebietskrankenkasse und Gemeinde Wien – im PHC Medizin Mariahilf. In diesem Labor erarbeiten wir die medizinischen, organisationalen, rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Grundlagen, die wir für zukünftige Modelle der Gesundheitsversorgung brauchen.

Stärken Sie die Grünen Ärztinnen und Ärzte in der Ärztekammer für Wien und setzen Sie ein Signal für den Aufbruch in eine neue Versorgungsqualität! Die ersten Schritte haben wir bereits unternommen, nun geht es darum, Druck zu erzeugen, damit dieser Weg für einen attraktiven Arzt- und Ärztinnenberuf, für eine selbständige und selbstbestimmte Ärzt_innenschaft und insbesondere für die jungen Kolleginnen und Kollegen nicht wieder versperrt wird. Nur mit Ihrer Stimme sind wir stark!

Gesundheitspolitik jenseits der Kammer

Ja zur Psychotherapie auf Krankenschein

Die Regelungen hinsichtlich der Kostenrückerstattung bei psychotherapeutischer Behandlung sind verwirrend, unterscheiden sich von Bundesland zu Bundesland, führen zur Verunsicherung der Patient_innen und zu langen Wartezeiten. Außerdem verursachen sie immens hohen Verwaltungsaufwand. Dabei ließe sich die Situation ganz leicht beheben, und zwar mit der einfachen Formel: Psychotherapie auf Krankenschein – und zwar österreichweit und für alle Kassen! Was wir dafür brauchen, ist ein bundesweit einheitlicher Rahmenvertrag zur kassenfinanzierten Psychotherapie zwischen dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger (HVB) und dem Österreichischen Bundesverband für Psychotherapie (ÖBVP). Dieser Rahmenvertrag ist bereits seit 1991 im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) für die Psychotherapie vorgesehen. Damals wurden für genau diesen Zweck die Sozialversicherungsbeiträge erhöht, trotzdem verweigern die Krankenkassen bis heute die Umsetzung dieses Patient_innen-Rechts.

Ja zur Sozialversicherungs- und Kassenreform

19 Krankenversicherungsträger, 5 Pensions- und 4 Unfallversicherungsträger, dazu 17 Krankenfürsorgeanstalten. Alle wissen, welch absurde Ausmaße das Sozialversicherungssystem in Österreich mittlerweile angenommen hat, aber niemand tut etwas dage-

gen. Die Grünen Ärztinnen und Ärzte sind nicht der Gesetzgeber, aber wir setzen uns mit aller Vehemenz für die Beseitigung dieses historischen Wildwuchses ein: eine Krankenversicherung, eine Unfallversicherung, eine Pensionsversicherung – für alle. Dabei ist für uns klar, dass diese Reform keinesfalls eine Nivellierung der Bezahlung und der Leistungen nach unten bedeuten darf.

Unser Rezept für die Suchtprävention

Wir wissen, was passiert, wenn ein Staat den Drogenkonsum freigibt. Portugal hat 2001 den Gebrauch von Drogen (auch von Kokain und Heroin) entkriminalisiert. Das Resultat: Die Anzahl der Drogentoten ist ebenso drastisch gesunken wie die Anzahl der HIV-Neuansteckungen und der Hepatitisserkrankungen. Im Durchschnitt geht der Drogenkonsum zurück, insbesondere beim wichtigen Bevölkerungssegment der 15- bis 24-Jährigen, ebenso wie die drogenbezogene Kriminalität.

Österreich hingegen glaubt den Drogenkonsum in den Griff zu bekommen, indem es die Daumenschrauben fest anzieht und ein Verbotsgesetz nach dem anderen erlässt. Die einzigen Menschen, die von der Verbotspolitik profitieren, sind aber – auch das ist hinreichend belegt – die Kriminellen, die Kartelle (oder Monopole) gründen und Preise willkürlich festsetzen.

Es gibt sehr viel, was für, und sehr wenig, was gegen die Entkriminalisierung des Drogenkonsums und die kontrollierte Abgabe (inklusive Gesundheitschecks, Beratung und geregelter Preisgestaltung) von Suchtmitteln spricht. Reden wir endlich darüber.

Ja zum Ausbau des Videodolmetschens

Sprachbarrieren führen dazu, dass Menschen mit nichtdeutscher Muttersprache, aber auch hör- und sprachbeeinträchtigte Personen weniger schnell gesund werden oder gleich gar nicht zum Arzt oder zur Ärztin gehen. Aus diesem Grund hat die Plattform Patientensicherheit im Jahr 2013 gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium und einigen anderen Stakeholdern das Projekt „Videodolmetschen im Gesundheitswesen“ initiiert. Kurz gesagt, standen im Rahmen dieses Projekts speziell für den Gesundheitsbereich geschulte Dolmetscher_innen in ausgewählten Sprachen per Computer bereit, wenn es in Arztpraxen oder Ambulanzen zu Verständigungsschwierigkeiten kam. Die Weiterführung dieser Versuche und deren gleichzeitige wissenschaftliche Begleitung sind – nicht nur angesichts der Flüchtlings- und sonstigen Zuwanderung nach Österreich – dringend erforderlich. Die Grünen Ärztinnen und Ärzte werden sich dafür einsetzen, die Pilotprojekte auszubauen.

Ja zu einer Änderung des Abrechnungswesens mit den Krankenkassen

Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sind ja im Prinzip „Partnerinnen und Partner“ der Krankenkassen. Zurzeit haben wir aber so gut wie keine Kontrolle darüber, ob von uns beanspruchte Posten aus den Differenzprotokollen auch tatsächlich ausbezahlt werden. Wir benötigen daher dringend eine Adaptierung der Abrechnungssoftware, um in diesem Bereich endlich Transparenz herzustellen. Nur so können wir feststellen, ob und wann die mit den Kassen besprochenen Nachzahlungen auch geleistet wurden. Eine – verschie-

dentlich geplante – Abrechnungsstelle in der Ärztekammer lehnen wir nicht zuletzt aus datenschutzrechtlichen Gründen ab.

Was haben wir in den letzten fünf Jahren erreicht – und was nicht?

Wir sind 2012 ja nicht gänzlich naiv in die Koalition gegangen. Nach Jahren in der Opposition wussten wir, dass die Wiener Ärztekammer Politik von Funktionär_innen für Funktionär_innen macht, dass Klientelinteressen Vorrang genießen, dass die Kammer die Spaltung der Ärzt_innenschaft in Etablierte (= Funktionär_Innen) und Unbegünstigte (= insbesondere die jüngeren Kolleg_innen) in Kauf nimmt. Die Kammer, das war unser Eindruck, sorgt ausschließlich für sich selbst, verfolgt eng begrenzte Partikularinteressen und wird in der politischen Auseinandersetzung als Verhandlungspartnerin nicht ernst genommen.

Das wollten wir ändern, und es ist uns zum Teil auch gelungen. Beileibe nicht in allen Bereichen, so ehrlich müssen wir sein. Aber:

- Die Kurie der Angestellten hat am 1. Juli 2015 mit 94 Prozent einem Gesamtpaket zugestimmt, das das im Jänner 2015 verhandelte in vielen Punkten übertrifft.
- Es ist ein klarer demokratiepolitischer Fortschritt, dass von Anfang an auch Veranstaltungen und Mitgliederbefragungen Teile des Prozesses waren. Die Kammer konnte sich vor allem gegen die bislang dominierende Gewerkschaft der Gemeindebediensteten durchsetzen und sich eigenständig als „Big Player“ positionieren.
- Wir haben durch die Übernahme des Finanzreferates bewiesen, dass wir die Stärkung der Transparenz und die Kontrolle interner Abläufe ernst nehmen. Durch unseren Weg der nachvollziehbaren Entscheidungen ist es nicht mehr einfach möglich, Gelder nach Gutdünken hin und her zu verschieben. Nicht zuletzt durch die Senkung der Kosten für externe Berater_innen konnten wir den Haushalt der Ärztekammer wesentlich zukunftsfähiger gestalten.
- Wir haben durchgesetzt, dass die Referate nunmehr jährliche Tätigkeitsberichte an die Vollversammlung übermitteln müssen. Das erhöht die Leistungstransparenz.
- Wir haben durchgesetzt, dass nach Vorstandssitzungen Beschlussprotokolle verfasst werden. Das erhöht die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen in diesem wichtigsten Gremium der Ärztekammer.
- Wir haben durchgesetzt, dass in den Ausbildungskommissionen nunmehr ernsthafte inhaltliche Prüfungen stattfinden. Das hat die Qualitätssicherung der ärztlichen Ausbildung gewaltig verbessert.
- Wir haben erstmals beschlussfertige Statuten für die Redaktion der Zeitschrift doktorinwien ausgearbeitet.
- Seit Jahren wird der Markt für Ordinationssoftware von einem Konzern dominiert. Nach langem Drängen der Grünen Ärztinnen und Ärzte hat die Ärztekammer nun den

Beschluss gefasst, alternative Angebote zur Entwicklung von optimaler Ordinationssoftware und umfassendem Support einzuholen.

Wir mussten aber auch zur Kenntnis nehmen, dass über Jahrzehnte hinweg aufgebaute Strukturen sich nicht einfach so beseitigen lassen. Hier haben wir noch einiges an Arbeit vor uns:

- Wir sind angetreten, um den Wildwuchs in den Referaten der Ärztekammer zu beenden und für Transparenz zu sorgen. Trotz unserer strikten Ablehnung wurden Kurienreferate eingeführt, die vorwiegend zur Beförderung der Eigeninteressen einiger Funktionär_innen dienen. Die jahrzehntelang geübte Praxis, Referate als politische Verhandlungsmasse zu betrachten, hat sich als sehr zäh erwiesen.
- In den Verhandlungen zum Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz haben wir erfolgreich Forderungen nach familienkompatiblen Dienstplänen und der Einrichtung zentraler Notaufnahmen ins Portfolio reklamiert. Die Verhandler der Kammer waren aber zu schwach, sodass diese Forderungen keine Aufnahme ins Gesetz fanden.
- Das Redaktionsstatut für doktorinwien wurde in der abgelaufenen Periode nicht beschlossen. Dieses Versäumnis wollen wir demnächst beheben.

Die Reform der Kammer ist noch lange nicht zu Ende. Wir arbeiten daran, die Kammer zu einem demokratischen Gremium zu machen und ihr endlich wieder das ihr zustehende Gewicht in politischen Verhandlungen zu verschaffen.

Wer sind die Grünen Ärztinnen und Ärzte?

Die Grünen Ärztinnen und Ärzte sind Anfang des neuen Jahrtausends aus der Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin und der Alternativen Gruppe Medizin hervorgegangen. Wir sind eine parteipolitisch unabhängige Fraktion und seit 2002 in der Vollversammlung der Wiener Ärztekammer vertreten, zuletzt mit sieben Mandaten.

Michael Lazansky, Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat der Grünen Ärztinnen und Ärzte, Facharzt für Psychiatrie

- 1995–2003 Studium der Medizin an der Universität Wien
- 2004 Heeresanitätsdienst an der chirurgischen Abteilung des Heeresspitals
- 2006–2009 Turnusarzt im Krankenhaus Hietzing
- Facharzt Ausbildung an der 5. psychiatrischen Abteilung des Otto-Wagner-Spitals mit einem Jahr Tätigkeit im Suchtzentrum und vier Monaten in der forensischen Abteilung
- 2011–2014 Assistentenvertreter im Vorstand der ÖGPP
- 2012–2014 Turnusärztevertreter des Otto-Wagner-Spitals
- 2013–2014 stellvertretender Vorsitzender der Wiener Turnusärztekonzferenz
- seit 2014 Facharzt für Psychiatrie

Michael Lazansky ist Mandatar in der Angestellten-Kurie der Ärztekammer für Wien, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für ärztliche Ausbildung und Mitglied des PSY-Referats sowie des Verwaltungsausschusses des Wohlfahrtsfonds Wien.

Franz Mayrhofer, Obmann und Sprecher der Grünen Ärztinnen und Ärzte, Arzt für Allgemeinmedizin

- 1972–1979 Studium der Medizin an der Universität Wien
- Turnus im Wilhelminenspital
- Arzt im palästinensischen Lager Shatila in Beirut
- Zivildienst als Notarzt beim Arbeiter-Samariterbund
- Anfang der 1980er Jahre Tätigkeit im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz
- seit 1984 niedergelassener Arzt für Allgemeinmedizin

Franz Mayrhofer ist Gründungsmitglied der Grünen Ärztinnen und Ärzte, stellvertretender Leiter der Öffentlichkeitsarbeit in der Ärztekammer für Wien sowie stellvertretender Chefredakteur von doktorinwien.

Wie grün sind wir?

Selbstverständlich stehen wir den Grünen politisch nahe. Das zeigt sich nicht zuletzt an unserem Logo. Wie die Grünen treten wir für eine ökologisch verträgliche Zukunft ein, wie die Grünen kämpfen für die Demokratisierung von Institutionen und gegen Filz und Proporz, gegen Korruption und Nepotismus. Dennoch sind wir strukturell, personell und finanziell von den Grünen unabhängig – und gerade in Fragen der Gesundheitspolitik haben wir unsere Differenzen: Wir vermissen bei den Grünen nachhaltige Lösungsansätze für die Wiener Gesundheitspolitik, und im Gegensatz zu den Wiener Grünen lehnen wir das Spitalskonzept 2030 in seiner derzeitigen Form ab.

Welche Grundsätze leiten uns?

Öffnen wir die Fenster, lassen wir frische Luft herein und demokratisieren wir das Gesundheitswesen! Alle wichtigen gesundheitspolitischen Entscheidungen müssen sich am Wohl der Betroffenen, also der Patientinnen und Patienten sowie der Beschäftigten im Gesundheitswesen, orientieren – und nicht länger an den Interessen einiger Standesvertreter.

Medizinische Versorgung ist ein Grundrecht! Die Qualität der ärztlichen Betreuung muss für alle Menschen optimal bleiben – unabhängig von deren Einkommen, Religion und Geschlecht, unabhängig vom sozialen und versicherungsrechtlichen Status. Üben wir Solidarität im Gesundheitswesen! Hilfe und Unterstützung für Kranke, Angehörige von Minderheiten und andere an den Rand der Gesellschaft gedrängte Menschen sind uns Auftrag und Verpflichtung.